

Jeder ist aufgerufen!

Die Christlich-Demokratische Union rüstet sich für kommende Aufgaben

Mit einer Analyse über die Vorbereitung, das Ergebnis und die Folgerungen der Bundestagswahl 1961 war Anfang Dezember des vergangenen Jahres CDU-Bundesgeschäftsführer Dr. Konrad Kraske vom Bundesvorstand der CDU beauftragt worden. Diese Untersuchung wurde in der CDU-Bundesvorstandssitzung vom 10. Mai 1962 diskutiert.

Die Wahlanalyse sieht ihre Hauptaufgabe darin, aus den Erfahrungen des zurückliegenden Wahlkampfes die Lehren für künftige Wahlkämpfe zu ziehen. Aus dem Verlauf des Wahlkampfes und aus dem Wahlergebnis ergeben sich vordringliche Forderungen für die künftige Arbeit der Partei. Den Lesern von „Union in Deutschland“ werden daher die nachfolgend wiedergegebenen Rückschlüsse besonders wertvoll sein.

Nicht in Wahlkampf-Phasen

Die Analyse des Bundestagswahlkampfes 1961 hat gezeigt, daß die Entscheidung des Wählers wesentlich stärker durch politische als durch Werbe-Einflüsse bestimmt wird. Diese politische Einflußnahme der Partei auf den Wähler kann nur gesichert werden durch eine ständige Öffentlichkeitsarbeit. Voraussetzung dafür ist, daß die CDU/CSU von ihrem bisher allzu weit verbreiteten Denken in Wahlkampfphasen abkommt. In der Vergangenheit konnte man immer wieder feststellen, daß maßgebliche Politiker von der Vorstellung ausgingen, eine Wahl werde in den letzten zwölf Monaten vor dem Wahltag vorbereitet, in den drei davor liegenden Jahren dagegen sei man nur sachlichen Gesichtspunkten verpflichtet, und in dieser Zeit sei es kein allzu großer Schaden, wenn die Ansprüche der Öffentlichkeit gelegentlich zu kurz kämen.

Selbstverständlich muß die CDU/CSU auch künftig in ihrer Politik und bei allen ihren Entscheidungen sachlichen Gesichtspunkten verpflichtet bleiben. Das gilt nicht einmal nur für die ersten drei Jahre einer Legislaturperiode, das muß — und kann! — sogar für den Wahlkampf gelten. Die Berücksichtigung sachlicher Gesichtspunkte läßt sich aber durchaus mit einer ständigen verständnisvollen Pflege der öffentlichen Meinung verbinden und dies

sogar in solchen Fällen, wo sachliche Entscheidungen nicht unbedingt den spontanen Vorstellungen und Wünschen der Öffentlichkeit entsprechen. Die Außen- und insbesondere die Sicherheitspolitik der CDU/CSU in den ersten beiden Legis-

laturperioden bieten dafür genügend Beispiele.

Die Organisation der CDU hat sich während des Bundestagswahlkampfes 1961 im großen und ganzen durchaus bewährt, sofern man in seinem Urteil von den Gegebenheiten ausgeht:

Während des Wahlkampfes sind auf organisatorischem Gebiet keine ernsthaften Fehler unterlaufen. Die wenigen hauptamtlichen Mitarbeiter in den Ländern und Kreisen haben sich durchweg mit letzter

Fortsetzung Seite 2

Wahlkampfbeginn - der Tag nach der Wahl

● Die CDU/CSU hat bei der Bundestagswahl 1961 ca. fünf v. H. ihres Stimmenanteiles verloren. Diese Verluste gehen durch alle Generationen. Sie betreffen Männer und Frauen, Katholiken und Protestanten, alle sozialen Gruppen und alle Bereiche der Bundesrepublik. Es handelt sich also — mit geringfügigen Unterschieden zwischen den einzelnen Gruppen und Bereichen — um einen allgemeinen Trend, nicht aber um den Einbruch der gegnerischen Parteien in einzelne Gruppen der früheren CDU/CSU-Wähler.

● Das Wahlergebnis könnte vermuten lassen, als hätten SPD und FDP je fünf v. H. gewonnen und CDU/CSU und die Splitterparteien je fünf v. H. verloren, als ob bei der Bundestagswahl 1961 also nur zehn v. H. der Wähler ihre Partei gewechselt hätten. Tatsächlich greift die Umschichtung der Wählerschaft aber wesentlich tiefer:

Die CDU/CSU hat bei der Bundestagswahl 1961 durchaus Wähler aus anderen Parteien gewinnen können. Deren Verluste sind also größer gewesen als im Wahlergebnis ablesbar ist. Umgekehrt hat die SPD mehr Wähler gewonnen als das Wahlergebnis ausweist. Sie hat dafür aber einen Teil ihrer früheren Wähler abgegeben — und zwar überwiegend an die CDU/CSU.

● Für diese Umschichtung der Wählerschaft sind die Ereignisse nach dem 13. August und ihre emotionalen Aus-

wirkungen bestenfalls äußerer Anlaß und letzter Anstoß gewesen. Die eigentlichen Gründe gehen bis in die Jahre 1958/59 zurück. Diese Entwicklung zeigt sich nicht zuletzt in dem auffällig großen Anteil an Meinungslosen und Unentschiedenen, der seit 1959 festzustellen war.

Der entscheidende Grund für die Umschichtung dürfte in einem steigenden Nachlassen traditioneller, weltanschaulicher und sozialer Bindungen an die jeweiligen Parteien liegen — eine Entwicklung, die offensichtlich noch keineswegs abgeschlossen ist.

● Der unmittelbare Einfluß des Wahlkampfes auf die Wahlentscheidung ist sehr viel geringer gewesen als vielfach angenommen wird. Die allgemeine Entwicklung in den ersten Jahren einer Legislatur-Periode, soweit sie Sympathien oder Antipathien den einzelnen Parteien gegenüber auslöst, ist für die Vorbereitung der Wahlentscheidung sehr viel maßgeblicher als die unmittelbare Wirkung von Propagandamaßnahmen im Wahlkampf.

Selbstverständlich wird man daraus nicht den Schluß ziehen dürfen, daß Wahlkämpfe in Zukunft weniger Aufmerksamkeit verdienen. Sie bleiben so wichtig wie sie waren. Daneben muß aber das Bewußtsein treten, daß die Vorbereitung jeder Wahl — nicht nur in den Parteien sondern auch beim Wähler! — am Tage nach der vorhergehenden Wahl beginnt.

Jeder ist aufgerufen!

Fortsetzung von Seite 1

Hingabe eingesetzt, und sie haben überall versucht, ihr Bestes zu geben. Daß der Erfolg in einem Fall größer, in anderen Fällen geringer war, liegt an der unterschiedlichen Qualität der vorhandenen Mitarbeiter. Aber: Die CDU hat wenig Mitarbeiter, sie hat kaum geschulte Kader, sie hat zu wenig wirklich qualifizierte hauptamtliche Mitarbeiter — als eine Partei, die sich praktisch bis heute im Aufbau befindet, kann sie organisatorisch also einstweilen kaum mit der SPD konkurrieren.

Hier muß denn auch der Ausgangspunkt für die künftige Arbeit liegen. Ihre Voraussetzung ist zunächst eine bessere, zuverlässigere und gleichmäßigere Finanzierung. Die CDU braucht auf allen Ebenen zusätzliche hauptamtliche Kräfte. Wenn die Arbeit in der Partei schon immer als nicht sehr attraktiv galt — und die Partei selbst hat nicht allzu viel getan, um das zu ändern —, dann trifft das erst recht in der gegenwärtigen Situation einer allgemeinen Überbeschäftigung zu. Die CDU wird nur dann geeignete junge Kräfte an sich ziehen können, wenn sie ihnen ausreichendes — und gesichertes! — Einkommen und eine sichtbare Aufstiegschance bietet. Das Problem einer besseren Parteifinanzierung drängt sich also immer mehr in den Vordergrund, weil auf der bisherigen Grundlage die schadhafte Stellen nur ausgeflickt werden können, der dringend erforderliche Ausbau der Organisation aber weiterhin liegen bleibt.

Kontakte schaffen!

Mit der Verbesserung der Organisation muß die unerläßliche Verbesserung der Basis, die die Partei in ihren Mitgliedern hat, Hand in Hand gehen. Zahlreiche Versuche im Laufe der zurückliegenden Jahre haben gezeigt, daß eine erfolgversprechende Mitgliederwerbung heutzutage nicht mehr durch den routinemäßigen Versand von Aufnahmeformularen an „Nahestehende“ zu leisten ist. Die Überzeugung im persönlichen Gespräch und die unmittelbare Betreuung jedes einzelnen ist längst unerläßlich geworden, so daß die Mitgliederbewegung in den Kreisverbänden zu einem guten Teil von der Persönlichkeit und den Fähigkeiten des Kreisgeschäftsführers abhängt. Hinzu kommt allerdings ein weiteres: Nach wie vor gibt es manche Kreisverbände, die zu wenig an einer Erweiterung ihrer Mitgliedschaft interessiert sind. Es steht dahin, ob die Landesverbände ihr Aufsichtsrecht — und ihre Aufsichtspflicht! — gegenüber den Kreisverbänden hier überall ernst genug nehmen.

Dabei hat die Erhöhung der Mitgliederzahlen in der CDU wahrhaftig mehr als demonstrative Bedeutung. Der Anteil der Stammwähler an der Wählerschaft einer Partei, das Ausmaß ihrer Sicherung gegen unvermeidbare Krisen also, wird immer in einem unmittelbaren Verhältnis zur Mitgliederzahl stehen.

Jede Bemühung auf dem Gebiet der Mitgliederwerbung ist allerdings von vornherein zu Mißerfolg verurteilt, wenn in den Kreis- und Ortsverbänden nicht wirkliches Leben herrscht. Ein Kreisverband, der seinen Mitgliedern nicht mehr

zu bieten hat, als den jährlichen Geschäftsbericht und die routinemäßige Wiederwahl immer der gleichen Vorstandsmitglieder, Delegierter und anderer wird auch auf den überzeugtesten Anhänger der CDU nicht übermäßig anziehend wirken. Auch hier fällt den Landesverbänden eine wichtige und schwierige Arbeit zu.

Von der Funktionsfähigkeit der Kreisverbände wiederum hängt ihr Beitrag zur Öffentlichkeitsarbeit der Partei ab, die zwar ihre Impulse aus dem Bund und den Ländern erhalten muß, die aber nicht auf die Bundespartei und die Landesverbände beschränkt bleiben darf. Jeder Kontakt zu den konfessionellen, beruflichen und sozialen Gruppen in unserer Gesellschaft erfaßt, wenn er von der Bundespartei ausgeht, immer nur wenige. Die unerläßliche Arbeit der Bundespartei auf diesem Ge-

Noch einmal: Die Wahl in Zahlen

Von den CDU/CSU-Wählern des Jahres 1957 sind etwa 66 Prozent der CDU/CSU treu geblieben, 10 Prozent gestorben und 24 Prozent zu anderen Parteien übergegangen. Die CDU/CSU-Wähler von 1961 setzten sich umgekehrt zu 70 Prozent aus Stammwählern, zu 17 Prozent aus Wechselwählern und zu 13 Prozent aus Neuwählern zusammen.

Die CDU/CSU verlor 1961 insgesamt 12 Prozent der Gesamtwählerschaft von 1957, davon gingen etwa 5 Prozent zur SPD, 5 Prozent zur FDP, der Rest zu den Splitterparteien oder unter die Nichtwähler. Sie gewann 7,8 Prozent der Wähler von 1961, und zwar die Hälfte aus der SPD, die andere Hälfte aus der GDP und der ehemaligen FU (Zentrum/Bayernpartei).

Die CDU/CSU gewann etwas mehr Protestanten als Katholiken und etwas mehr Mittelschichten, insbesondere Landwirte. Ihre Verluste waren bei den Männern und den mittleren Jahrgängen etwas höher, und zwar verlor die CDU/CSU in der Unterschicht und der Oberschicht mehr als in den Mittelschichten.

Zu den drei Begriffen, Stammwähler, Wechselwähler und Neuwähler noch einige Worte, wie sie sich aus den letzten Untersuchungen anhand der Ergebnisse der Bundestagswahl des Jahres 1961 gezeigt haben:

Die Stammwähler bilden das Gegengewicht gegen die Menge der Meinungslosen, deren endliche Entscheidung bis zur Wahl selbst nicht genau zu ermitteln ist. Untersuchungen nach den verschiedensten Richtungen zeigen, daß der Block der Stammwähler bei CDU/CSU und SPD etwa gleich sind, während die FDP erheblich weiter zurückliegt. 52 v. H. der CDU/CSU-Wähler, so ergab eine Repräsentativbefragung, erklärten, daß für sie nur diese eine Partei infrage gekommen sei. Ähnlich liegt das Verhältnis bei der SPD, während die FDP knapp 30 Prozent erreicht. Auch der Anteil der Wähler, die von vornherein erklärten, für sie sei niemals die SPD (wenn sie der CDU/CSU zugehen waren) oder die CDU/CSU (wenn sie sich zur SPD gehörig fühlten) infrage gekommen, ist bei beiden Parteien etwa

biet kann deshalb auf die Dauer nur Erfolg haben, wenn sie durch die Landes- und Kreisverbände ergänzt wird und wenn sich ihre Wirkung dadurch über das ganze Land hin vervielfacht.

Auch die Parteiorganisation bedarf also sicher keiner revolutionären Veränderung. Sie hat in Zukunft kaum andere Aufgaben als in der Vergangenheit. Entscheidend ist, daß sie besser als bisher finanziell gesichert wird. Entscheidend ist aber vor allem, daß niemand mit Routine oder Resignation den gegenwärtigen Zustand als unvermeidbar und endgültig hinnimmt. Jeder, wo immer er auch in der Partei steht, sollte sich stattdessen aller Unvollkommenheiten bewußt bleiben und sich Tag für Tag und Jahr für Jahr darum bemühen, Fehler zu vermeiden, Mängel zu beseitigen, Schwächen auszugleichen und die CDU in den Stand zu setzen, den ihre künftigen Aufgaben und ihre Verantwortung für unser Land fordern.

gleich hoch. Es war leider nicht möglich, frühere Wahlergebnisse nach ähnlichen Gesichtspunkten aufzuschlüsseln, wenn auch aus der Kombination verwandter Fragestellungen mit Sicherheit anzunehmen ist, daß das Ausmaß der Bindung an eine Partei und der Anteil der Stammwähler in früheren Jahren größer war. Aus dieser Tatsache läßt sich unschwer folgern, daß die Menge der Meinungslosen größer geworden ist; sie wiederum trifft ihre Wahlentscheidung entweder aus aktuellen politischen Motiven oder aus einer jeweils vorherrschenden emotionalen Stimmung heraus.

Wenn auch der CDU/CSU die höchste Quote an Wechselwählern ihre Stimmen gaben, so ist das Ergebnis trotzdem nicht allzu günstig. Was hat die Wechselwähler zu ihrer Entscheidung für die CDU/CSU ermuntert? Die bereits erwähnten Untersuchungen haben ergeben, daß das Bild der CDU/CSU auch bei den Wechselwählern weitgehend geprägt ist von den Erfolgen der Regierung Adenauers. Sie hat den Bewohnern der Bundesrepublik den Wohlstand gebracht, sie ist die Partei mit den fähigsten Köpfen bzw. der tüchtigeren Mannschaft, die Partei mit der klareren Politik. Eine CDU/CSU-Regierung wird in einer Weltkrise bevorzugt wegen ihrer Beziehungen zum Westen, wegen der Fähigkeiten der CDU/CSU-Politiker und der Erfahrungen, die die Regierung Adenauers in der Vergangenheit sammeln konnte. Dieses Positivkonto darf nicht verringert werden.

Noch ein Wort zu den Neuwählern. Die CDU/CSU gewann etwas mehr Neuwähler (Flüchtlinge und Jungwähler) als ihrem statistischen Anteil entsprochen hätte. Gerade bei den Jungwählern waren die Verluste der CDU/CSU — entgegen der Propaganda von SPD und FDP — weit aus am geringsten. Nach einer Untersuchung des EMNID-Instituts z. B. entschieden sich von 100 Wahlberechtigten 35 Jungwähler für die CDU/CSU, während 23 auf die SPD entfielen und lediglich 6 auf die FDP. Dieses Verhältnis ist noch günstiger als es der Gesamtwählerschaft entspricht: von 100 Wahlberechtigten gaben 31 der CDU/CSU ihre Stimme, 28 der SPD und 5 der FDP.

11. Bundesparteitag der CDU

vom 2.—5. Juni 1962 in Dortmund

Samstag, 2. Juni

15 Uhr Sitzung des Bundesvorstandes

17 Uhr Sitzung des Bundesausschusses

Sonntag, 3. Juni

11 Uhr, Halle II, Westfalenhalle

Eröffnung des 11. Bundesparteitages

1. Plenarsitzung

Eröffnung des Bundesparteitages

durch den Ersten Vorsitzenden

Wahl des Präsidiums

Grußwort des Präsidenten des Bundesparteitages

Wahl des Redaktionskomitees und

der Mandatsprüfungs- und Wahl-

kommission

Grüßworte

des Ministerpräsidenten von Nord-

rhein-Westfalen

des Vertreters der Stadt Dortmund

des Vertreters der CSU

der ausländischen Gäste

Rede des Ersten Vorsitzenden

— Dr. Konrad Adenauer —

15.30 Uhr Große Westfalenhalle

Öffentliche Kundgebung

Leitung Josef-Hermann Dufhues

Reden

Dr. Konrad Adenauer

Prof. Dr. Ludwig Erhard

Dr. Franz Meyers

Theodor Blank

Montag, 4. Juni

9 Uhr, Halle II, Westfalenhalle

2. Plenarsitzung

„Die Wirtschaftspolitik in ihrer so-

zialen Bewährung“

Prof. Dr. Ludwig Erhard

Theodor Blank

Aussprache

Bildung von Arbeitskreisen

14.30 Uhr Konstituierung und Beratung der Arbeitskreise

1. „Deutschland, Europa und die

freie Welt“

Leitung: Kurt Georg Kiesinger

Referent: Dr. Gerhard Schröder

Berichterstatter: Dr. Heinrich

Krone

2. „Die Wirtschaftspolitik in ihrer

sozialen Bewährung“

Leitung: Dr. Otto Schmidt

Referent: Kurt Schmücker

Hans Katzer

Berichterstatter: Franz Etzel

3. „Künftige Aufgaben der CDU“

Leitung: Kai Uwe von Hassel

Referent: Dr. Eugen

Gerstenmaier

Berichterstatter: Dr. Bruno Heck

Dienstag, 5. Juni

9 Uhr, Halle II, Westfalenhalle

3. Plenarsitzung

Bericht des Bundesvorstandes

— Kai Uwe von Hassel —

Bericht der Bundestagsfraktion

— Dr. Heinrich von Brentano —

Berichte der Arbeitskreise

1. Dr. Heinrich Krone

2. Franz Etzel

3. Dr. Bruno Heck

Aussprache und Entschließungen

15 Uhr, Halle II, Westfalenhalle

4. Plenarsitzung

Satzungsänderungen

Wahlen

Referat des Geschäftsführenden Vor-

sitzenden

Schlußwort des Ersten Vorsitzenden

Auf ein Wort

Liebe Freunde,

Sie alle kennen das Wort vom Splitter im Auge des anderen, auf den anklagend hingewiesen wird, während der Balken im eigenen Auge gellissentlich übersehen wird. Man muß unwillkürlich daran denken, wenn man den der SPD nahestehenden „Parlamentarisch-Politischen Pressedienst“ vom 16. Mai liest und darin eine Notiz findet, nach der in Verden an der Aller ein CDU-Bürgermeister aus der Partei ausgeschlossen worden sei. Sein Ausschuß habe den Austritt eines weiteren CDU-Mandatsträgers nach sich gezogen. Der „PPP“ vermerkt ausdrücklich, wenn auch nicht ganz zutreffend, der Bürgermeister sei deshalb ausgeschlossen worden, weil er den ehemaligen Spitzenkandidaten der SPD, Bürgermeister Brandt, bei dessen Werbereise in Verden empfangen habe. An anderer Stelle dieser Ausgabe von „Union in Deutschland“ ist dazu mehr gesagt.

Soweit der Splitter, den die SPD gern zu einem kräftigen Balken aufwerten möchte. Von dem, was wenige Tage später in allen großen Tageszeitungen der Bundesrepublik zu lesen war, stand dann allerdings nichts im „Parlamentarisch-Politischen Pressedienst“: Insgesamt 22 Mitglieder der SPD im bayerischen Freyung (Landkreis Wolstein), unter ihnen vier Mandatsträger, kehrten ihrer Partei den Rücken. In einem Brief wiesen sie darauf hin, daß das Intrigenspiel innerhalb der Partei ihnen unerträglich geworden sei. Der SPD muß dieser Knall in aller Öffentlichkeit besonders unangenehm sein, da sie bisher immer die Kommunalpolitik als ihr Leistungsbarometer ansah; zumindest in Freyung ist es unter den Nullpunkt gefallen.

Noch eine andere Meldung dieser Tage verdient Beachtung: 46 Mitglieder des Kreisverbandes Oberhausen der „Sozialistischen Jugend — Die Falken“ sind durch Anordnung des Bezirksvorstandes in Düsseldorf aus der sozialdemokratischen Jugendorganisation ausgeschlossen worden; sie hatten sich entgegen den Wünschen der Partei an den sogenannten „Ostermärschen“ dieses Jahres beteiligt. Die Basis der „Falken“, aus denen häufig Parteiunknünäre hervorzugehen pflegen, ist nun in Oberhausen auf ganze sieben „Mann“ im Alter von 14 bis 21 Jahren zusammengeschrumpft. Wieder ist eine Rebellion unter den „Falken“, d. h. also unter den heranwachsenden Parteimitgliedern offenbar geworden. Der Kölner Parteitag der SPD wird alle Mühe haben, in der nächsten Woche die Türen, hinter denen parteinterne Diskussionen stattfinden, schalldicht zu verschließen. Es wird dort über mehr als einen „Balken“ und seine Auswirkungen auf die Partei zu beraten sein.

Ihr
Konrad Kraske

Den „Fernpendlern“ ein Heim

Nordrhein-Westfalen erweitert Mittel des Bundes

In ihrem Bemühen, den Wohnungsbau für die Einwohner des Landes von Nordrhein-Westfalen zu verbessern, hat nun die Landesregierung durch ihren Wohnungsbauminister besondere Mittel für die sogenannten Pendler in Aussicht gestellt.

Landesbauminister Erkens hat in diesen Tagen den Bewilligungsbehörden besondere öffentliche Mittel in Höhe von 30 Millionen DM zur nachstelligen Finanzierung des Wohnungsbaus für Arbeitnehmer — insbesondere Pendler — angekündigt. Diese Mittel sind vor allem dem Wohnungsbau für sogenannte Fernpendler vorbehalten. Unter den Begriff Fernpendler erfaßt das Ministerium verheiratete Arbeitnehmer, die bei Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel jeweils anderthalb Stunden Weg zwischen Wohnort und Arbeitsplatz zurücklegen müssen.

Für diese Förderungsmaßnahme sind Haushaltsmittel der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenver-

sicherung vorgesehen, die um etwa 20 v. H. aus Wohnungsbaumitteln des Landes aufgestockt werden. Bei der Einplanung der Mittel, an der auch das Landesarbeitsamt Nordrhein-Westfalen beteiligt ist, werden neben den arbeitsmarktpolitischen Gegebenheiten vor allem landesplanerische Zielsetzungen berücksichtigt. Daher sind mit der Ermittlung des Wohnungsbedarfs für den vorgenannten Personenkreis überwiegend die Bewilligungsbehörden in Landkreisen, kreisangehörigen Ämtern oder Gemeinden beauftragt worden; Bauvorhaben in Großstädten sollen nur in Ausnahmefällen in diese Förderungsmaßnahme einbezogen werden.

Ohne politischen Instinkt

SPD-DGB-Funktionär auf undemokratischem Kriegspfad

Am 27. Mai 1962 finden in der Bundesrepublik bekanntlich die Wahlen zu den Selbstverwaltungsorganen der Rentenversicherung, der gesetzlichen Krankenversicherung und der Berufsgenossenschaften statt. Zur Bedeutung dieser Wahlen ist bereits genug gesagt worden. Interessant ist nur, wie von bestimmter Seite der Wahlausgang stimmungsmäßig vorausgenommen wird.

Anfang Mai berichteten übereinstimmend Zeitungen aus dem Mannheimer Raum, unter ihnen der „Mannheimer Morgen“ und die „Badische Volkszeitung“, daß während einer Mai-Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Mannheim der erste Vorsitzende des DGB-Ortsausschusses, Karl Schweizer (SPD), ein Eingreifen des Gesetzgebers gegen die christlichen Gewerkschaften und gegen den Deutschen Handels- und Industrieangestelltenverband (DHV) gefordert habe. Kollege Schweizer glaubte die Stellung des Deutschen Gewerkschaftsbundes dadurch festigen zu können, daß er den genannten Verbänden vorwarf, ihre Beteiligung an den Selbstverwaltungswahlen der Sozialversicherung verursache nur „hohe Wahlkosten“, und es sei endlich an der Zeit, daß hiergegen mit Gesetzesmacht vorgegangen werde. Es ist besonders bemerkenswert, daß Schweizer seine Äußerungen in Anwesenheit des ersten Vorsitzenden der IG Chemie, Wilhelm Gefeller (SPD), erheben konnte, ohne daß es bekannt geworden ist, daß Gefeller dies in irgendeiner Form rügte. Ohne diesem Streit zu großen Wert beilegen zu wollen, kann man doch einer Feststellung des christlichen Gewerkschaftsbundes beipflichten, in der es energisch abgelehnt wurde, daß konkurrierende Gruppen nicht durch die Entscheidung des Wählers, sondern nach den Wünschen Schweizer wie in totalitären Staaten mit Gesetzen und Verordnungen ausgeschaltet werden sollen.

DGB-Funktionär Schweizer hat seine eigene Auffassung von der Demokratie schon einmal dokumentiert und zwar 1960, als er zu einer „unblutigen Revolution“ gegen einen Bundestagsabgeordneten aufrief, der sich nach seinem Gewissen anders entschieden hatte, als es dem DGB-SPD-Mann Schweizer richtig erschienen war.

Es ging dabei um folgendes: Bundestagsabgeordneter Joseph Maier, der hauptamtlich als Gewerkschaftssekretär und Rechtsschutzberater des DGB in Mannheim tätig ist und der laut Rechenschaftsbericht des DGB innerhalb von drei Jahren 16 000 Ratsuchenden erfolgreich beistand, hatte im Bundestag als Mitglied der CDU/CSU-Fraktion einem Antrag zur Arbeitszeitregelung für Jugendliche zugestimmt. Der DGB hatte jenen Antrag der CDU in der Öffentlichkeit heftig kritisiert. Der Deutsche Gewerkschaftsbund in Mannheim berief prompt eine Delegiertenversammlung ein, in der die Forderung erhoben wurde, Maier aus der Gewerkschaft auszuschließen und von ihm gleichzeitig eine Rechtfertigung darüber zu verlangen, „ob sein Inneres schwarz und sein Äußeres rot, oder sein Inneres rot und sein Äußeres schwarz“ sei. Gleichzeitig rief DGB-Vorsitzender Schweizer dazu auf, die nächste Bundestagswahl zu einer „unblutigen Revolution“ werden zu lassen.

Der CDU-Kreisverband widersetzte sich diesem Angriff des DGB mit aller Schärfe und charakterisierte ihn als einen Verstoß gegen die Artikel 38 und 46 des Grundgesetzes, in denen festgelegt ist, daß die Bundestagsabgeordneten nur ihrem Gewissen verpflichtet sind und wegen einer Abstimmung zu keiner Zeit

„gerichtlich oder dienstlich verfolgt oder sonst außerhalb des Bundestages zur Verantwortung gezogen werden“ können. Man kann mit vollem Recht der Erklärung des CDU-Kreisverbandes zustimmen, wenn er damals erklärte: „Er (Maier) wurde auch nicht etwa von der Delegiertenversammlung des DGB in den Deutschen Bundestag entsandt und hat deshalb auch gar keine Veranlassung, vor diesem Gremium über seine Stimmabgabe Rechenschaft abzulegen . . .“.

DGB-SPD-Funktionär Schweizer hat offenbar aus seiner damaligen Auseinandersetzung nichts gelernt. Er mag seinen Wunschvorstellungen ruhig weiter nachhängen, aber es wäre angebracht, wenn SPD oder DGB ihm klarmachten, wie es mit der politischen Realität in der Bundesrepublik aussieht.

Klarer abgrenzen

Minister Dufhues und Dr. Noltenius vor der CDU in Bremen

Vor dem Landesparteitag der Bremer CDU legte der nordrhein-westfälische Innenminister Dufhues ein klares Bekenntnis zur Einheit der Christen in der CDU ab. Landesvorsitzender Dr. Noltenius kritisierte in unmißverständlicher Form die Praktiken sozialdemokratischer Politiker in Bremen.

Innenminister Josef-Hermann Dufhues forderte als prominenter Gast auf dem Landesparteitag der CDU in Bremen, die Union müsse sich von jenem „konfessionellen Proporzdenken“ befreien, das da und dort immer wiederkehre und geeignet sei, die Atmosphäre zu vergiften. In diesem Zusammenhang erklärte er, daß sich die Union noch mehr als bisher darum bemühen muß, noch stärker als bisher politische Heimat der evangelischen Christen zu werden, sie müsse ihre Tore nach dieser Seite weit öffnen. Nicht aus einem absolut negativ zu wertenden Opportunismus heraus, sondern um der Grundlage der Union willen, die die evangelischen und katholischen Christen zur politischen Verantwortung zusammengeführt habe. Heute gelte es mehr denn je, miteinander zu sprechen, einander in der Unterschiedlichkeit zu verstehen und in gemeinsamer Verantwortung zu handeln.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen forderte Dufhues von der CDU eine klarere und eindeutige Abgrenzung gegenüber den übrigen politischen Parteien.

Auf außenpolitische Fragen eingehend, verwahrte sich Dufhues gegen den Eindruck, wonach Adenauer und die Bundesregierung auf die jüngsten politischen Ereignisse zu langsam reagiert hätten und die Zügel schleifen ließen. In Ost und West finde zur Zeit eine Überprüfung der weltpolitischen Situation statt, und in dieser Phase dürften die Deutschen nicht als Störenfriede auftreten. Er betonte, die Pflege der Beziehungen zu den USA sei für uns Deutsche lebenswichtig, sowohl in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht.

Auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet forderte der Minister von Unternehmern und Gewerkschaften mehr Verantwortungsbewußtsein, damit das volkswirtschaftlich zulässige Maß nicht überstiegen werde. Der Staat und die Wähler gerieten andernfalls in akute Gefahr.

Der mit großer Mehrheit wiedergewählte Landesvorsitzende, Dr. J. E. Noltenius, setzte sich in seinem Rechenschaftsbericht mit der Bremer Situation auseinander und erklärte, daß es heute offensichtlich sei, daß der amtierende Senat schwächer sei als sein Vorgänger. Er regiere nicht selbst, sondern lasse sich von den Einflüssen der Mehrheitspartei treiben. Noltenius kritisierte scharf im weiteren Verlauf seiner Ausführungen die rücksichtslose Parteipolitik, die mehr nach dem Parteibuch als nach den Fähigkeiten durchgeführt würde. Ebenso scharf wandte er sich gegen die Verfilzung von Verwaltung und Parlament, in dem zu mehr als der Hälfte Angehörige des öffentlichen Dienstes als Abgeordnete säßen. Er bezeichnete dies als einen Krebschaden, der sich lähmend auf den ganzen Staatsapparat auswirke. Hinsichtlich der erstrebten Mitbestimmung der Deputationen führte Noltenius aus, daß der Senat kaum noch den Namen einer Landesregierung verdiene und nicht viel mehr sei als ein Stadtmagistrat, falls diese Bestrebungen sich durchsetzten.

CDU-Parteitag im Funk

Rundfunk und Fernsehen werden zu folgenden Zeiten Berichte senden:

NDR/WDR Mittelwelle		
Sonntag	3. 6.	19.30—20.00 Uhr
Montag	4. 6.	18.40—19.00 Uhr
Dienstag	5. 6.	18.35—19.00 Uhr

Süddeutscher Rundfunk Mittelwelle		
Sonntag	3. 6.	19.00—19.30 Uhr
Montag	4. 6.	19.00—19.20 Uhr
Dienstag	5. 6.	19.00—19.25 Uhr

Hessischer Rundfunk Mittelwelle		
Sonntag	3. 6.	19.05—19.35 Uhr
Montag	4. 6.	18.40—19.00 Uhr
Dienstag	5. 6.	18.35—19.00 Uhr

Saarländischer Rundfunk Mittelwelle		
Sonntag	3. 6.	19.00—19.30 Uhr
Montag	4. 6.	19.40—20.00 Uhr
Dienstag	5. 6.	19.35—20.00 Uhr

Deutsches Fernsehen
Sonntag 3. 6., Montag 4. 6., Dienstag 5. 6.
Berichte vom Bundesparteitag im Anschluß an die Spätausgabe der Tagesschau.

„Besser für heute...“

SPD-Parteitag zwischen Tradition und „neuem Kurs“

Zum Appell bläst die SPD am kommenden Wochenende in Köln. Die Parteigänger der Sozialdemokraten sollen darüber entscheiden, ob die Partei mit dem vom Vorstand verordneten „neuen Kurs“ einen Erfolg erzielt hat. Der Wortlaut eines großen Teiles der Anträge spricht allerdings eine schärfere Sprache und entsagt der bisher propagierten „Gemeinsamkeit“.

Zum Parteiprogramm in Hannover lagen dem Vorstand 78 Anträge vor, in Bad Godesberg waren es sogar 211; die Zahl hat sich für Köln auf 61 veröffentlichte Anträge vermindert. In Hannover setzten sich die Verfasser von einem Drittel der Anträge für Gemeinsamkeit in der Außenpolitik ein; diese Zeiten sind offenbar vorüber. Als einer von vielen sagt der Bezirk Mittelrhein, die Politik der Sozialdemokraten müsse sich den Wählern „unmißverständlich als eine Alternative zur Politik Adenauers und Meyers darstellen“. Die große Zahl der Oppositionellen in Stadt und Land gibt dem Vorstand die Forderung mit auf den Weg, den Gegensatz zur Regierungspolitik vor allem in Fragen der Außen- und Verteidigungspolitik sowie in der Notstandsgesetzgebung herauszustellen.

In einem Antrag wird im Zusammenhang mit der in SPD-Kreisen vielfach kritisierten Zustimmung der SPD-Bundestagsfraktion zur Verlängerung der Wehrdienstzeit erklärt, daß „die Auseinandersetzungen mit dem Kommunismus und dessen Abwehr nach wie vor in den Bereich der Sozialpolitik und der demokratischen Erziehung und Willensbildung der Staatsbürger fällt“. Auch die Bestrebungen für ein mitteleuropäisches Disengagement und eine „aktivere Ostpolitik“ werden in den Anträgen wieder aufgegriffen. Die Eingliederung der Bundeswehr in die atomare Verteidigung des Westens wird in allen Anträgen zu dieser Frage entschieden abgelehnt. Die Gegner einer modernen Bewaffnung der Bundeswehr auch im Rahmen der NATO berufen sich auf das Godesberger Programm der SPD und eifern damit dem Vorbild Ollenhauers nach, der während des Parteitags in Hannover jene Rede hielt, die der Auffassung des Parteivorstandes zuwiderlief, aber den stürmischen Beifall der Delegierten fand.

Diesen Anklängen an eine SPD des Jahres 1949 gibt freilich der SPD-Ortsverein Baden-Baden eine kalte Dusche, wenn er fordert, „außenpolitische Deklamationen aufs äußerste einzuschränken, damit die Wähler nicht noch mehr von den Wunschträumen wohlmeinender Illusionisten enttäuscht werden“.

Bezeichnend sind auch die Forderungen nach veränderten Schiedsgerichts- und Organisationsstatuten; aus ihnen kann man deutlich die Reaktion auf interne Auseinandersetzungen herauslesen, von denen man nur die Schwierigkeiten mit der Trennung vom Sozialistischen Deutschen Studenten-Bund oder die Katzbalgerei mit der „Hausmacht“ des pfälzischen SPD-Vorsitzenden Böglers zu nennen braucht, um zu wissen, was gemeint ist.

Pate stand bei anderen Anträgen dagegen offenbar das Vorbild der Eigentumspolitik, wie sie von der CDU/CSU vertreten wird; sie findet ihren Niederschlag

in der Forderung nach Gesetzentwürfen zur breiteren Eigentumsstreuung. Aller Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft reicht jedoch nicht aus, um den Schlager von der „beängstigenden Tendenz der verschärften Klassenbildung“ aus dem Liederschatz der sozialdemokratischen Klassenkämpfer zu streichen. Die Zitierung der

Politisch hinreichend bekannt

SPD-Bürgermeister Pikola für den Landtag präsentiert

Am 25. November dieses Jahres werden in Bayern die Wahlen zum Landtag stattfinden. Für die SPD kandidiert in Oberbayern Bürgermeister Pikola aus Miesbach, der als Gegner des Godesberger Programms aufgetreten ist.

Bürgermeister Pikola hat erst in jüngster Zeit wieder für Meinungsverschiedenheiten gesorgt, als er sich unter Chiffre an einem Preisausschreiben der „Bayerischen Jungbauernschaft“ um das beste Laienspiel beteiligte. Ohne den Verfasser zu kennen, gab ihm die Jury den ersten Preis. Als allerdings offenbar wurde, wer hinter diesem Laienspiel steht, setzte die „Jungbauernschaft“ die Vorführung des Stückes während ihres Landjugendtages ab.

Die SPD, die in ihrem Godesberger Grundsatzprogramm die Landesverteidigung bejaht, hat in Bürgermeister Pikola keinesfalls einen Verfechter dieser der Öffentlichkeit als Meinung der Gesamtpartei vorgelegten These. Nicht nur, daß Pikola sich auch in diesem Jahr an den sogenannten „Ostermärschen“ beteiligte und daraufhin in einer Veröffentlichung des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland“ vom 25. 4. 1962 gefeiert wurde, Bürgermeister Pikola hatte auch im Frühjahr 1960 im Mittelpunkt von Auseinandersetzungen gestanden, als er ausgerechnet in der politisch eindeutigen Zeitung „Das andere Deutschland“ ein erdachtes Gespräch zwischen einem „Kardinal“ und einem „Kriegsminister“ veröffentlicht hatte. Vom Bundesverteidigungsministerium war daraufhin gegen Bürgermeister Pikola ein Beleidigungsverfahren angestrengt worden. Pikola war auch noch zu einem Zeitpunkt unter den Autoren der „Blätter für deutsche und internationale Politik“ zu finden, als die SPD ihre Mitglieder angewiesen hatte, in diesem vom DFU-Vorstandsmitglied Graf von Westphalen herausgegebenen Blatt nicht mehr zu schreiben. Auch in Aufrufen des neutralistischen „Fränkischen Kreises“ und des ebenso einschlägig bekannten „Schwelmer Kreises“ fand sich die Unterschrift von Bürgermeister Pikola. Noch im März 1960 z. B. unterzeichnete Pikola einen Aufruf des „Schwelmer Kreises“, in dem Kontakte zur „Überwindung der Spaltung der deutschen Lehrerschaft“ gefördert wurden, ohne daß auch nur mit einem Wort darauf eingegangen war, wem die deutsche

Sozialen Marktwirtschaft wird stets mit dem Zusatz „sogenannte“ versehen — das allein dürfte freilich nicht ausreichen, um dem Wähler klarzumachen, daß die SPD etwas Besseres auf Lager hätte.

Bekanntlich soll in Köln auch Willy Brandt zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Partei gekürt werden, zwecks besserer Optik. Voraussichtlich wird Waldemar von Knoeringen seinen Posten niederlegen und Brandt Platz machen. Den Weg dazu hat Carlo Schmid persönlich in einem Beitrag des SPD-Pressedienstes vom 14. Mai 1962 freigelegt; er schrieb, die Meinung sei zulässig, daß ein ganz ausgezeichnete Mann für gestern genau das richtige war, aber nach dem, wie die Verhältnisse heute sind, ein Mann mit anderen Eigenschaften besser wäre...

Spaltung zu verdanken ist. Dem SPD-Mitglied Pikola hätte die Entstehung des „Schwelmer Kreises“ hinreichend darüber Auskunft geben können, ob man sich an ihren Aktionen beteiligen kann: schließlich war 1953 mit Hilfestellung des von der SED gesteuerten „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ in Heidelberg ein sogenannter „Deutscher Kulturtag“ veranstaltet worden, auf dem zuerst der Vorschlag erörtert worden war, ihm als Sektion Pädagogik den „Schwelmer Kreis deutscher Pädagogen“ anzugliedern. Das Motto auf einem sogenannten „pädagogischen Kongreß der DDR“ in Leipzig 1956 lautete: „Macht die deutsche demokratische Schule in jeder Hinsicht zum Vorbild für die Schule des zukünftigen, friedliebenden und demokratischen Deutschlands“ — es dürfte auch Bürgermeister Pikola klar sein, wer das Vorbild für diese „demokratische Schule“ liefern soll. Bei dieser politischen Betätigung ist es nicht verwunderlich, daß Bürgermeister Pikola nach einer Veröffentlichung im „Vertriebenen-Anzeiger“ vom 1. 4. 1960 in seiner Schulzeitung über Beobachtungen bei einer Genfer Außenministerkonferenz u. a. folgendes geschrieben hatte: „Deutsche Demokratische Republik: kein Hotelpalast — eine nette kleine Villa im Gartenviertel. Mit Außenminister Dr. Bolz, Staatssekretär Toeplitz und anderen Mitarbeitern sitzen wir im kleinen Konferenzzimmer, vor dessen offenem Fenster die Vögel ihre Liebeslieder aus dem ungeteilten west-östlichen Diwan zwitschern...“

In Miesbach freilich fand Bürgermeister Pikola nicht solch blumige Worte, als er eine Ausstellung der Bundeswehr behinderte und — nach einem Gedächtnisprotokoll des Oberfeldwebels der Bundeswehr, der die Ausstellung leitete — dem Wunsch nach einem Autogramm im Gästebuch folgende Feststellung entgegnete: „Sie sind hier an die falsche Stelle geraten. Ich bin grundsätzlich gegen das System und die Bundeswehr. — Nur ein Federstrich in Ihrem Buch wäre schon meinerseits ein Verbrechen“.

Einig in den Wahlkampf

Minister Schröder und Dufhues vor der westfälischen CDU

Bei dem außerordentlichen Parteitag der CDU Westfalen-Lippe in Dortmund kündigte Innenminister Dufhues einen kurzen, harten, aber sachlichen Wahlkampf an. Um auch bei neuen politischen Entwicklungen sofort reagieren zu können, wird die CDU, wie Dufhues erklärte, in Nordrhein-Westfalen einen organisatorischen „Wahlkopf“ bilden.

Der außerordentliche Parteitag der CDU Westfalen-Lippe am 20. Mai stand im Zeichen der Vorbereitung zur Landtagswahl. Der Vorsitzende der westfälischen CDU, Innenminister Dufhues, nannte eine mit Bonn einige politische Führung als ausschlaggebend für den Wahlausgang.

In der Energiefrage begrüßte Dufhues die Schutzmaßnahmen der Bundesregierung zugunsten des Bergbaues. Es sei gefährlich, den Bergbau hemmungslos dem freien Wettbewerb auszusetzen. Gegenüber den mächtigen Ölkonzernen helfe nicht freundliches Zureden.

Die Auseinandersetzungen in der nordrhein-westfälischen SPD bezeichnete Dufhues als tiefgehende Richtungskämpfe, die bis in die einzelnen Ortsvereine der SPD gingen. Nach Kassmann, dem „katholischen Generaldirektor auf dem Adelshof“ und Repräsentanten des „neuen Kurses“ habe man zuerst mit Fritz Steinhoff einen SPD-Mann des alten Stils geholt und nun aus Verlegenheit Heinz Kühn nominiert, der schon seit vielen Jahren der Landespolitik völlig entfremdet sei.

Als Anzeichen dafür, daß die SPD in großen Teilen den Godesberger Kurs nicht mitmache, wertete Dufhues radikale Äußerungen der sozialistischen „Falken“ und Teilen der Gewerkschaftsjugend, die sich sehr entschieden gegen jede Wehrpflicht ausgesprochen haben. Auch die personelle Zusammensetzung der „Ostermarsch“-Bewegung zeige, daß die SPD-Führung sich nicht durchsetzen könne.

In einem Bericht über die außenpolitische Lage erklärte Bundesminister Schröder

der den Delegierten, daß die seit mehreren Monaten andauernden amerikanisch-sowjetischen Sondierungsgespräche über Berlin bis heute völlig ergebnislos verlaufen seien. Trotzdem müßten die

Gerechtigkeit - nicht für Genossen

Bayerisches SPD-„Wunschprogramm“ – Der Krach in Freyung

Eine Deutsche Mark kostet es und man wird — als Nichtmitglied der SPD, denn Genossen haben's billiger — mit dem sogenannten „Bayernprogramm“ der SPD bekanntgemacht. Eingebettet in eine Broschüre unter dem Titel „Mehr Gerechtigkeit“ wird es zur Zeit verschickt.

Wahrscheinlich geht man zu weit, wenn man in der Herausgabe der Broschüre „Mehr Gerechtigkeit“ — nach einem alten Plan des SPD-Landesvorsitzenden in Bayern, Waldemar von Knoeringen — sozusagen ein Trostpflasterchen dafür sieht, daß der stellvertretende Bundesvorsitzende von Knoeringen nun durch den Berliner Bürgermeister Brandt ersetzt werden soll. Bemerkenswert ist aber doch, daß der Versand durch einen sogenannten Landesrat der bayerischen SPD vorgenommen wird, ein Gremium, das sich in den sozialdemokratischen Parteistatuten nicht findet; vorsichtigerweise ist die Auflage nach Berichten aus München auf 25 000 Stück beschränkt worden.

Das „Bayernprogramm“, so sagt die SPD selbst, soll kein Wahlprogramm darstellen, denn seine Verwirklichung erforderte mindestens 500 Millionen DM —

Verhandlungen fortgesetzt werden, denn der Zugang nach Berlin sei ständig gefährdet.

Der Minister beschäftigte sich auch eingehend mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und erklärte, daß die Bundesregierung den geplanten Beitritt Großbritanniens begrüße und alles tue, um ihn zu ermöglichen. Übergangslösungen dürften jedoch die dynamische Kraft der EWG nicht schwächen. Der Grundriß für eine politische Union Europas müsse so sein, daß Großbritannien ihr jederzeit beitreten könne. Die Regierungschefs der EWG-Staaten sollten künftig regelmäßig zusammenkommen und so handeln, als ob es schon eine politische Union gäbe.

eine Summe, die auch die SPD den Kassen des Landes nicht entlocken könnte. Was soll's also mit der Broschüre? Nun, die SPD will sie zur Unterlage eines „Gesprächs mit jedermann“ verwenden; dieses Vorhaben geht ebenfalls auf den Vorsitzenden von Knoeringen zurück. Dazu meint allerdings die CSU, wer ein solches Gespräch jetzt mit Hilfe einer Broschüre ankurbeln wolle, der habe wohl bisher versäumt, Kontakte zu den Bürgern zu schaffen.

Zwölf nach Ansicht der sozialdemokratischen Autoren typische Beispiele für Schwierigkeiten unserer Zeit enthält die Broschüre „Mehr Gerechtigkeit“. Unter ihnen findet sich z. B. der Brief eines jungen Mädchens mit folgendem Wortlaut:

„Ich bin so wahnsinnig furchtbar sauer und ich weiß nicht, was ich mit mir anfangen soll. Deswegen sitze ich hier im Bett und warte, daß ich entweder einschlafe oder daß sonst irgendetwas passiert...“

Da gerade von dem Titel „Mehr Gerechtigkeit“ die Rede ist, mehr Gerechtigkeit hatten sich auch 22 Mitglieder der SPD in Freyung (Landkreis Wolfstein in Bayern) gewünscht; als ihr Wunsch aber nicht in Erfüllung ging und ihnen die Intrigen innerhalb der SPD mehr als zuviel wurden, traten sie geschlossen aus. Unter ihnen waren zwei Kreisräte und zwei Stadträte, einer von ihnen Vorsitzender der Arbeiterwohlfahrt.

Innerhalb der SPD sei nach ihrer Ansicht, so erklärten die der parteiinternen Auseinandersetzungen müde gewordenen Mitglieder, eine positive Zusammenarbeit nicht mehr möglich. Zu dem Block der Ausgetretenen gehören Mitglieder, die der Partei seit 30 und mehr Jahren verbunden gewesen waren. Nun könnten sie nicht länger einer Partei angehören, deren höchster Repräsentant im Landkreis, der Landtagsabgeordnete Otto Fink, im Mittelpunkt des verwerflichen Intrigenspiels stehe.

Für die Kinderreichen

Osnabrücker CDU-Ratsfraktion gab nachahmenswertes Beispiel

Die Förderung des Familienheimbaus, insbesondere für Kinderreiche, gehört zu den wichtigsten Anliegen von Bundeswohnungsbauminister Lücke. Wie diese Aufgabe auch auf der kommunalen Ebene gelöst werden kann, dafür gab die CDU-Fraktion im Osnabrücker Stadtrat ein nachahmenswertes Beispiel.

Auf einstimmigen Ratsbeschuß sollen 250 000 DM, die im Haushalt 1962 für die Förderung des Wohnungsbaus für kinderreiche Familien eingeplant sind, nach Richtlinien verteilt werden, die von der CDU-Fraktion ausgearbeitet und vorgeschlagen wurden. Der Initiative der CDU ist es also beispielsweise zu verdanken, wenn die Stadt Osnabrück künftig bei Familien mit drei und vier Kindern 50 v. H., mit fünf und mehr Kindern sogar 75 v. H. der Erschließungsbeiträge für den Bau eines Eigenheimes übernehmen wird. Als Mindestsumme sind 2000 DM, als Höchstsumme 5000 DM vorgesehen.

Bauherren von Mietwohnungen erhalten für jede Wohnung, die sie minde-

stens zehn Jahre einer kinderreichen Familie zur Verfügung stellen, ebenfalls anteilmäßige Erschließungsbeiträge. Städtische Mittel werden künftig nur dann zugeteilt, wenn sie unter Ausnutzung aller sonstigen Mittel zur Förderung des Wohnungsbaus (einschließlich Miet- und Lastenbeihilfen) tatsächlich den kinderreichen Familien zugute kommen.

Die Stadt will kinderreichen Familien darüber hinaus auch bei der Beschaffung von Bauland behilflich sein. In dem Ratsbeschuß verpflichtet sich die Stadt Osnabrück: „Soweit die Stadt eigenes Bauland zur Verfügung hat, wird sie es vorzugsweise für den Wohnungsbau für Kinderreiche benutzen“.

VERTRIEBENE und FLÜCHTLINGE

100 000 Bauern geflohen

Seit 1945 haben rund 100 000 mittel-deutsche Bauern ihre Höfe aufgeben müssen und sind in die Bundesrepublik geflüchtet, erklärte Bundesminister Lemmer vor der westfälischen Landjugend in Hamm. Die Vergewaltigung der Bauern, sagte Lemmer weiter, habe sich bitter gerächt, denn in der Zone löse eine Ernährungskrise die andere ab.

Visumpflicht entfallen

Heimatlose Ausländer und nichtdeutsche Flüchtlinge, die in der Bundesrepublik leben, sind in Zukunft vom Visumzwang für Reisen in die Schweiz befreit. Dies ist der Inhalt eines Abkommens zwischen der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland, das jetzt in Kraft getreten ist. Nichtdeutsche Flüchtlinge, die sich länger als drei Monate in der Schweiz aufhalten wollen oder dort eine Arbeit aufzunehmen beabsichtigen, müssen sich weiterhin für die Einreise in die Schweiz ein Visum erteilen lassen.

6263 mal Asylrecht gewährt

Die Bundesdienststelle für die Anerkennung nichtdeutscher Flüchtlinge hat 1961 insgesamt 577 Personen die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt und sie auf die Länder der Bundesrepublik verteilt. Seit Inkrafttreten der Asylverordnung für nichtdeutsche Flüchtlinge vom 6. Januar 1953 ist bis 1961 insgesamt 6263 ausländischen Flüchtlingen nach einem ordentlichen Aufnahmeverfahren das Asylrecht in der Bundesrepublik gewährt worden.

Den Bund stärker beteiligen

CDU-Abgeordnete fordern mehr Mittel für den Flüchtlingswohnungsbau

Abgeordnete der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben im Bundestag einen Gesetzentwurf eingebracht, in dem der Bund aufgefordert wird, sich noch stärker als bisher am Wohnungsbau für Umsiedler und Flüchtlinge zu beteiligen. Der Gesetzentwurf ist den zuständigen Ausschüssen zur Beratung überwiesen worden.

Anlaß für die Initiative der CDU-Abgeordneten ist die Tatsache, daß die aus Lastenausgleichsmitteln als Aufbaudarlehen für den Wohnungsbau bereitgestellten Gelder im vergangenen Jahr nicht ausreichen, um alle berechtigten Ansprüche zu befriedigen. Eine große Anzahl von Antragstellern konnte bei der Vergabe der Aufbaudarlehen nicht berücksichtigt werden. Der Kontrollausschuß beim Bundesausgleichsamt hatte bereits im November die Notwendigkeit erkannt, die Wohnungsbaumittel zu erhöhen und zusätzlich 200 Millionen DM bereitgestellt.

Lastenausgleich erweitert

Bundesrepublik hilft Vertriebenen in Österreich

Der im November vergangenen Jahres zwischen der Bundesrepublik und Österreich geschlossene Finanz- und Ausgleichsvertrag wird nach seiner ersten Lesung jetzt in den zuständigen Bundestagsausschüssen beraten. In dem Vertrag verpflichtet sich die Bundesrepublik u. a., die Vertriebenen und Umsiedler, die nach 1945 die österreichische Staatsangehörigkeit angenommen haben, am Lastenausgleich zu beteiligen.

Das Lastenausgleichsgesetz enthält keine Bestimmungen darüber, ob volksdeutsche Vertriebene und Umsiedler, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, von der deutschen Entschädigungsregelung berücksichtigt werden. Da aber künftig deutsche Staatsangehörige in die österreichische Entschädigungsgesetzgebung für Vertriebene und Umsiedler mit einbezogen werden, wurde auf der Grundlage der Gegenseitigkeit in dem Vertrag vereinbart, auch jene Vertriebenen und Umsiedler am deutschen Lastenausgleich zu beteiligen, die nach 1945 die österreichische Staatsangehörigkeit erworben haben. Berücksichtigt werden aber nur solche Geschädigte, die vom österreichischen Staat keine Entschädigung erhalten.

Obwohl der Vertrag noch nicht in Kraft getreten ist, ist in Österreich bereits ein Gesetz zur Anmeldung von Sachschäden, die durch Umsiedlung oder Vertreibung entstanden sind, verabschiedet worden. Danach können ab sofort Anmeldungen bei österreichischen Finanz-Landesdirektionen eingereicht werden, wobei auch Verluste an Hausrat und an Gegenständen der Berufsausübung berücksichtigt werden können. Laut diesem österreichischen Gesetz endet die Anmeldefrist für in der Bundesrepublik lebende Vertriebene mit österreichischer Staatsbürgerschaft mit Ablauf eines Jahres nach dem Inkrafttreten des Vertrages. Die zur Anmeldung erforderlichen Formulare werden von der österreichischen Botschaft und den Konsulaten ausgegeben.

Nach Angaben des österreichischen Innenministeriums befinden sich zur Zeit in Österreich 37 000 Flüchtlinge. 235 000 Vertriebene haben seit 1945 die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten.

Für den Wohnungsbau zugunsten deutscher Vertriebener und Umsiedler, die in Österreich leben und dort noch in Lagern oder Massenunterkünften behelfsmäßig untergebracht sind, gewährt die Bundesrepublik an Österreich einen zinsfreien Kredit bis zu 13 Millionen DM. Vom Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung an werden Deutsche in Österreich nicht mehr in Wohnlager eingewiesen. Der österreichische Staat wird dafür sorgen, daß spätestens nach vier Jahren alle Lager von deutschen Vertriebenen geräumt sind. In österreichischen Wohnlagern befinden sich noch etwa 800 deutsche Vertriebenenfamilien, weitere 335 Familien sind behelfsmäßig in 275 Baracken untergebracht. Die deutsche Bundesregierung hat bei diesem Lagerräumungsprogramm besonderen Wert darauf gelegt, daß entsprechend ihren sozialpolitischen Vorstellungen in Österreich für die infrage kommenden deutschen Staatsangehörigen bevorzugt Eigenheime zu errichten sind.

Um alle Vertriebenen und Umsiedler in Österreich mit dem für sie wichtigen Vertrag bekanntzumachen, hat die Leitung der Österreichischen Volkspartei, die Schwesterpartei der CDU/CSU, bereits eine Aufklärungsschrift veröffentlicht, die alle interessierten Personen erhalten können.

160 Jahre Universität Dorpat

Die baltendeutschen Akademiker gedachten in einer Feierstunde im Hamburg der Gründung der Universität Dorpat (Estland) vor 160 Jahren. In einer Festrede umriß Prof. Dr. Spohr in Bedeutung der Universität für das europäische Geistesleben jener Zeit. Die Universität Dorpat, die am 21. April 1802 ihre Arbeit aufnahm, war ursprünglich rein deutsch. Aus ihr ging eine große Reihe hervorragender Wissenschaftler hervor, unter ihnen der Kunsthistoriker Dehio, der Philosoph Hermann Graf Keyserling und der Theologie-Professor Adolf von Harnack.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, verantwortlich für die Redaktion: Dr. Heinz Pettenberg, Vertretung René Ahrlé, beide Bonn, Nassestraße 2, Telefon 5 29 31 — Verlag: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 2 31 40 — Bezugspreis: monatlich 1,— DM — Banken: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Postscheck-Konto Köln 1937 95, Commerzbank Bonn Nr. 12 493, Bankhaus Friedrich Simon Düsseldorf Nr. 8 111 — Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.

Auf seinen Vorteil bedacht

Die Hintergründe für den Ausschluß von Schulrat Thies

Ein Beispiel einseitiger politischer Berichterstattung liefert einmal wieder der der SPD nahestehende Parlamentarisch-Politische Pressedienst am 16. Mai. In einer Notiz zum Ausschluß eines CDU-Bürgermeisters in Verden a. d. Aller durch die Partei sucht der PPP Stimmung gegen die CDU und Sympathien für Willy Brandt zu erhaschen. Was steht dahinter?

Der Parlamentarisch-Politische Pressedienst (PPP) beschäftigte sich am 16. Mai 1962 mit einem Politiker, der seit einiger Zeit nicht mehr der CDU angehört. Der Bürgermeister von Verden an der Aller, Schulrat Thies, wurde am 4. Januar 1962 vom CDU-Kreisverband Verden wegen parteischädigenden Verhaltens aus der CDU ausgeschlossen. Der bezweckten Tendenz entsprechend, nennt der PPP als einzigen Grund für den Ausschluß, die Tatsache, daß Schulrat Thies Willy Brandt auf seiner Wahlreise durch die Bundesrepublik in Verden offiziell begrüßt hatte. In Wirklichkeit spielt das bei den Gründen für den Ausschluß nur eine untergeordnete Rolle.

Das Parteigericht des CDU-Landesverbandes Hannover hatte am 14. April 1962 Thies' Beschwerde gegen den Ausschluß zurückgewiesen und die Überzeugung vertreten, daß Thies bei allen seinen Handlungen nur auf den eigenen Vorteil, nicht aber auf das Wohl der CDU bedacht war. Bezeichnend für diese Einstellung ist die Art, wie sich Thies im Zusammenspiel mit der SPD rücksichtslos den Bürgermeisterposten sicherte.

Bereits am Abend der Kommunalwahlen im Frühjahr 1961 nahm er Kontakt zur SPD auf. Am Tag danach schon sprach er seine Wahl, ohne den CDU-Vorstand bzw. die CDU-Fraktion zu befragen oder in irgendeiner Weise bevollmächtigt zu

sein, mit der SPD, der FDP und dem BHE endgültig ab. Dadurch hintertrieb er die Wahl eines anderen CDU-Kandidaten. Vorhaltungen des Bezirksverbandes wegen seiner eigenmächtigen Handlungsweise wies er in ungehöriger Form zurück.

Kurz nach seiner Wahl zum Bürgermeister stellte er sich offen gegen seine eigene Fraktion, als er deren Beschluß, das CDU-Mitglied Cordes in den Sparkassenvorstand zu berufen, mißachtete. Von sich aus schlug er seinen Vertrauten Kathage für dieses Amt vor, der dann ebenfalls mit den Stimmen der SPD gewählt wurde. Weitere Beispiele parteischädigenden Verhaltens waren unter anderem, daß Thies an fünf Sitzungen des CDU-Bezirksverbandes unentschuldig nicht teilgenommen, den CDU-Kreisverbandsvorsitzenden Böhnel mit einem „Kreisleiter“ der Nazi-Zeit verglichen und schließlich auch den SPD-Wahlreisenden Willy Brandt trotz einer Bitte des CDU-Landesverbandes empfangen hatte. Dabei hätte er die Möglichkeit gehabt, mit dem Empfang seinen Stellvertreter, einen SPD-Mann, zu beauftragen.

Der Ausschluß von Thies ist kein Verlust für die Verdener CDU. Sein Vertrauter Kathage hat der Partei freiwillig den Rücken gekehrt. Dieser Schritt kommt keinesfalls überraschend, denn Thies war — bevor er zur CDU kam — SPD-Mitglied.

Der Ring ist gesprengt

CSU-Kandidat mit 61 v. H. zum Bürgermeister gewählt

Fast kann man ihn schon einen Feldzug nennen, den Wahlkampf, den die SPD um das Amt des Bürgermeisters der zweitgrößten Gemeinde im Landkreis München in den letzten Wochen führte. Alle Anstrengungen waren vergebens, der CSU-Kandidat siegte mit überwältigendem Stimmenanteil.

Sämtliche SPD-Bürgermeister aus der näheren Umgebung hatten, geführt von dem Münchener Oberbürgermeister Vogel (SPD), in Reden und Gesprächen den Wählern die Behauptung nahebringen wollen, nur ein geschlossener Ring sozialdemo-

kratisch geführter Gemeinden um die Landeshauptstadt München herum garantiere eine gute Lösung der Aufgaben im Großraum München. Auch einen ehemaligen Minister hatte die SPD aufgeboten, um dem Mann ihrer Farbe das begehrte Amt zu sichern.

Die Wähler waren freilich ganz anderer Meinung; sie entschieden sich ähnlich wie zur Bundestagswahl des vergangenen Jahres (Wahlbeteiligung 87,1 v. H., 56,3 v. H. für die CSU, 28,3 v. H. für die SPD) und gaben mit 61 v. H. der abgegebenen Stimmen dem Bewerber der CSU, Bankfachmann Ferdinand Leiß, das Amt des Bürgermeisters. Damit hat sich auch das bisherige Schwergewicht der SPD-Gemeinderäte zugunsten der nichtsozialistischen Parteien verändert: einer Fraktionsgemeinschaft von SPD und parteifreien Gemeinderäten stehen sechs CSU-Vertreter und ein Abgeordneter des BHE gegenüber.

Der CDU angeschlossen

Fünf Abgeordnete der früheren GDP-Bürgerschaftsfraktion in Bremen, die sich kürzlich aufgelöst hat, haben sich der CDU-Fraktion als Hospitanten angeschlossen. Die CDU-Fraktion ist damit künftig mit 21 Abgeordneten in der Bürgerschaft vertreten. — Im niedersächsischen Kreis Diepholz, der zu den Hochburgen der DP gehörte, haben Landrat Gefe und sechs Bürgermeister, die in der DP eine führende Rolle spielten, ihren Beitritt zur CDU erklärt.

Mitgehört - mitgelesen

Die Sozialdemokratische Partei hat einen neuen wortreichen Versuch unternommen, katholische Wähler zu gewinnen. In einer Broschüre „Katholik und Godesberger Programm — zur Situation nach Mater et Magistra“ wird die These vertreten, daß zwischen dem Godesberger Programm und der sozialen Auffassung der Kirche kein wesentlicher Unterschied mehr besteht. Die „Ruhr-Nachrichten“ vom 22. Mai schreiben dazu:

„Wenige Tage vor dem Beginn des SPD-Bundesparteitages in Köln ist von sozialdemokratischer Seite eine Broschüre veröffentlicht worden, die das bisherige Nein der katholischen Kirche zum Sozialismus für überwunden erklärt. Diese Feststellung zeigt das Bemühen der SPD, die traditionellen Bedenken katholischer Wählerschichten zu überwinden.

Nun ist die SPD längst nicht mehr die klassenkämpferische Partei früherer Jahrzehnte, die von einem extremen Marxismus her die Religion zur Privatsache stempelte, den Kirchaustritt förderte und einem platten Diesseitsmaterialismus das Wort redete. Zumindest ihr Godesberger Programm setzt andere Akzente. Wie weit es von dieser Theorie allerdings bis zur Praxis ist, zeigt die Einstellung mancher Sozialdemokraten zum Elternrecht, zur Jugendweihe und in jüngster Zeit zum Sozialhilfegesetz.

Auch der moderne Sozialismus weist die verschiedenen Spielarten auf. Er reicht vom Labourismus bis zum atheistischen Bolschewismus. Die deutsche Sozialdemokratie hat bis heute ihren eigenen Standort noch nicht völlig ausdiskutiert. Mindestens dieses Ergebnis und seine etwaige Bewährung muß wohl abgewartet werden, ehe die SPD eine abschließende Revision bisher noch starker katholischer Vorbehalte in Rechnung stellen kann. Einseitige Erklärungen, wie sie jetzt die SPD abgegeben hat, werden da wenig nützen.“

Wilhelm Johnen 60 Jahre

Der Vorsitzende der CDU Rheinland und Präsident des Landtages von Nordrhein-Westfalen, Notar Wilhelm Johnen, feierte am 19. Mai seinen 60. Geburtstag. Die zahlreichen Ehrungen, die ihm bei diesem Anlaß zuteil wurden, beweisen die Achtung und die Beliebtheit, die dem CDU-Politiker entgegengebracht werden. Wilhelm Johnen gehört zu den Männern, die den Wiederaufbau des Landes Nordrhein-Westfalen entscheidend mitgestaltet haben. Jülich, dessen Landrat Johnen seit 1946 ist, ehrte ihn mit der Verleihung der Ehrenbürgerrechte. 1945 wurde Johnen von der Militärregierung zum Landrat ernannt. Weil er sich aktiv für den Wiederaufbau einsetzte, wurde er von der Besatzungsmacht als zu unbequem empfunden und aus seinem Amt entlassen. Ein halbes Jahr später wurde er jedoch von der Bevölkerung mit großer Mehrheit zum Landrat gewählt.

Zu einem vom Landtagspräsidium veranstalteten Empfang aus Anlaß des Geburtstags war auch Bundeskanzler Dr. Adenauer erschienen, der Johnen für seine politischen Leistungen dankte.